



HAMBURGER GETREIDE-LAGERHAUS

AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Jahresabschluss 2014

Organe der Gesellschaft

1. Vorstand

Bernd Günther

Kaufmann, Hamburg

Weitere Tätigkeiten und Funktionen

Vorsitzender des Aufsichtsrates bei:
Maschinenfabrik Heid AG
New-York Hamburger Gummi-Waaren
Compagnie AG
MATERNUS-Kliniken AG

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates bei:
WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG

H&R AG – jetzt H&R GmbH & Co. KGaA
Ehrenvorsitzender d. AR seit 01.06.2012

2. Aufsichtsrat

Dr. jur. Horst Reuter

Rechtsanwalt/Steuerberater, Hamburg

Vorsitzender des Aufsichtsrates
bis 26.10.2015

Dipl.-Kfm. Hanns Günther

Bankkaufmann, Luxemburg

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
seit 03.08.2016 Vorsitzender d. AR

Dipl.-Kfm. Dr. Joachim Girg

Kaufmann, München
Geschäftsführer der H&R Beteiligung GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates bei
H&R AG – jetzt: H&R GmbH & Co. KGaA

Dipl.-Betriebswirt
Axel-Hermann Wittlinger
seit 07.04.2016

Geschäftsführender Gesellschafter
der Stöben Wittlinger GmbH, Hamburg

stellv. Vorsitzender des
Aufsichtsrates seit 03.08.2016

Geschäftsbericht des Vorstands

LAGEBERICHT 2014

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktur verzeichnete in 2014 eine leichte Erholung. Die Zinssenkungsmaßnahmen der europäischen Union wirkten stabilisierend auf die Konjunkturentwicklung.

Am Aktienmarkt wirkten die unerwarteten „Draghi-Maßnahmen“ kurstreibend, so dass es zu starken Schwankungen kam. Die Grundtendenz war aufwärtsgerichtet. Der Dax eröffnete zum Jahresanfang (02.01.2014) mit 9.400,04 Punkten, um dann im Oktober 2014 auf 8.571,95 Punkten abzusacken. Zum Jahresultimo 2014 stieg der Dax auf 9.805,55 Punkte.

Der Immobilienmarkt zeigt, dank der Zinspolitik, eine moderate Aufwärtsentwicklung.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2014 verschlechtert. Das lag im Wesentlichen an unserem schlechten Jahresergebnis. Durch den Verkauf unseres beliehenen Grundstückes in Bielefeld waren wir in der Lage, alle Verbindlichkeiten gegenüber Geldgebern zu erfüllen. Per Jahresultimo gab es auch keine Tilgungsrückstände.

Verbindlichkeiten in Höhe von € 1,5 Mio. bestehen aus der Anleihe in gleicher Höhe, die mit 7 % verzinst und durch Grundsicherheitseintragung auf unser Mönchengladbacher Grundstück gesichert ist. Die Anleihe hat eine Laufzeit von sieben Jahren (bis Februar 2021). Durch die Emission der Anleihe konnten alle kurzfristigen Bankverbindlichkeiten zurückgezahlt werden, so dass die Bankverbindlichkeiten aus unserer Hypothekenfinanzierung von € 3,14 Mio. auf € 1,974 Mio. gesunken sind.

Der Buchwert unser Grundstücke liegt per Jahresultimo 2014 bei € 3,953 Mio. Der Buchwert des Mönchengladbacher Grundstückes liegt bei € 3,649 Mio. Das 30.000 m² große Grundstück ist mit 16.000 m² Gebäudefläche, Lagerhalle und Verkaufsfläche bebaut. Der Vorstand sieht in dem Grundstück eine nennenswerte stille Reserve (geschätzt bei gut € 0,5 Mio.).

Das Gutachten einer anerkannten Firma, der DEKRA, die vorsichtig bewertet, untermauerte diese Einschätzung. Bei angestrebter Vollvermietung würde dieser Wert erheblich höher liegen.

Aktuell stehen ca. 4.500 m² zur Neuvermietung an.

Unsere Eigenkapitalquote liegt bei 11,337 %. Vorstand und Aufsichtsrat planen, der Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung vorzuschlagen, um die Eigenkapitalquote zu verbessern.

Unsere Minderheitsbeteiligung an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak beträgt unverändert ca. 49 %. Die N.V. Beheer v/h Philips Tabak hat auf Grund der Ergebnisse aus Vermögensverwaltung in 2014/15 einen Abschreibungsbedarf von € 90.000,00 verursacht.

Die Forderungen gegen einen Bielefelder Mieter mussten nach dem Niederstwertprinzip wertberichtigt werden. Im Laufe des Jahres 2016 konnte im Vergleichswege ein vollstreckbarer Titel über T€ 180 erreicht werden; da die Zahlungen noch ausstehen und Sicherheiten noch nicht eingetragen wurden, wurde auf eine Zuschreibung aus Vorsichtigkeitsgründen und der Erfahrung der Vergangenheit verzichtet. Die ursprüngliche Forderung betrug € 278.173,11.

Finanzlage

Die Finanzlage unserer Gesellschaft war im Berichtsjahr trotz der negativen Ergebnisentwicklung geordnet. Tilgungen und Zinszahlungen erfolgten vereinbarungsgemäß. Eine Kapitalerhöhung im Vorjahr sowie die Platzierung der Anleihe im Geschäftsjahr 2014 hat die Finanzsituation unserer Gesellschaft grundsätzlich in der Fristigkeit der Verbindlichkeiten verbessert. Zum Bilanzstichtag hatten wir neben der knappen Liquidität in Höhe von T€ 68 Wertpapiere im Buchwert von T€ 83 im Bestand, die im ersten Halbjahr 2015 mit Gewinn verkauft wurden.

Durch einen Grundstücksverkauf in Bielefeld konnten die langfristigen Bankverbindlichkeiten reduziert werden.

Die Platzierung der 7 %-igen grundbuchgesicherten Anleihe wurde ein voller Zeichnungserfolg.

Die Finanzlage war in 2015 angespannt, hat sich jedoch in 2016 wieder verbessert. Ein Viertel unserer Beteiligung an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak steht zum Verkauf.

Ertragslage

Während im Geschäftsjahr 2013 die Optionsgeschäfte, aus denen ein positives Nettoergebnis von € 0,15 Mio. resultierte, zu einem positiven Jahresergebnis verhelfen, sind für das Geschäftsjahr 2014 per Saldo Derivateverluste in Höhe von € 0,679 Mio. entstanden, die das Jahresergebnis erheblich belastet haben.

Die Grundstückskosten in Bremerhaven-Langen und Mönchengladbach lagen mit ca. € 44.000,00 im Durchschnitt der letzten Jahre. In Bremerhaven-Langen wurde das Haus grundwassersicher gemacht.

Wertpapiererträge sind mit € 5.786,23 zu nennen. Veräußerungsverluste beliefen sich auf € 2.155,84, so dass der Saldo aus dem geringen Wertpapiergeschäftsvolumen positiv war.

Die Mieteinnahmen sind im Geschäftsjahr 2014 nochmals leicht gesunken. Die Mieteinnahmen unseres Grundstückes in Mönchengladbach beliefen sich auf gut € 414.000,00. Größere Flächen von ca. 4.500 m² stehen zur Neuvermietung an.

Die Zielsetzung des Vorjahres, insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, konnte insbesondere aufgrund der hohen Verluste im Optionshandel sowie der sich hinziehenden Neuvermietung der Leerstandsflächen in Mönchengladbach nicht erreicht werden. Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von € 1,0 Mio. mit der Folge des buchwertmäßigen Verlustes der Hälfte des Grundkapitals. Da zurzeit von 2014 bis heute jederzeit ausreichend stille Reserven vorhanden sind, war zu keiner Zeit eine Anzeigepflicht gem. § 92 Abs. 1 AktG gegeben.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Risiken betreffen den Immobilienbereich (Sicherung gegen Wertverluste, Leerstand, Finanzierungssicherheit) sowie vorrangig den Bereich der Finanzgeschäfte.

In 2014 haben Margin-Anforderungen der Banken rechtzeitig zu Eindeckungen in DAX-Positionen geführt. Neugeschäfte, die bei starken Schwankungen wiederum zu Verlusten führten, haben dann anschließend durch notwendige Eindeckungen zu erneuten Verlusten geführt. Angesichts der unkalkulierbaren Schwankungen und der Hinterlegungsanforderungen der Banken wurden die länger laufenden DAX-Geschäfte ganz eingestellt.

Im Derivatebereich haben wir die Risikokontrolle durch die Limitierung der Einzelrisiken und durch Margenlisten grundsätzlich unter Kontrolle, in Fällen von Extremschwankungen hat die Risikokontrolle des Vorstandes nicht gegriffen. Längerfristige Derivategeschäfte wurden Ende 2014 ganz eingestellt und in 2015 nicht mehr getätigt.

Durch Aufsichtsratsbeschluss vom 31.03.2015 wurde das Ergebnisrisiko aus Derivategeschäften durch starke Reduzierung des Volumens auf € 25.000,00 beschränkt. Bei höheren negativen Ergebnissen wurde der Vorstand in die Pflicht genommen, den über € 25.000,00 hinausgehenden Jahresverlustbetrag aus diesem Geschäftsbereich auszugleichen. So wird es in den folgenden Geschäftsjahren auch wegen der deutlichen Volumenminderung und der über den Grenzwert hinausgehenden Verlustausgleichspflicht des Vorstandes im Derivatebereich keine Negativergebnisse oberhalb des Grenzwertes von € 25.000,00 geben.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiken zu nennen. Die Vermeidung von Leerständen sowie geeignete Gegenmaßnahmen sind erforderlich, da sonst notwendige Tilgungsleistungen unserer Kredite gefährdet sein können.

Wir haben ein Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen den Kontakt mit unseren Mietern.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft können sich aus weiteren Mietsteigerungen und verbessertem Vermietungsstand unserer Objekte, mit Schwerpunkt Mönchengladbach, ergeben. Zwar besteht seit 2013 bedingt durch die Insolvenz eines Mieters Leerstand im Bereich der Lagerfläche, in 2014 erfolgten jedoch bereits einige Mietanpassungen und Neuvermietung von Leerflächen. Zukünftige Ertragschancen können sich auch durch Grundstücksverkäufe oberhalb der Buchwerte ergeben, wie sie in 2014 durch den Verkauf unseres Bielefelder Objektes realisiert werden konnten.

Die Kreditfinanzierung ist langfristig für unsere Immobilien strukturiert. Kurzfristige Bankdarlehen im zweiten Rang haben wir 2014 durch eine langfristige Anleihe mit Kündigungsrecht abgelöst. Die Anleihe wird nach sechs Jahren endfällig.

Unter Berücksichtigung der übersichtlichen Unternehmens- und Organisationsstruktur hat die HGL AG Voraussetzungen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften geschaffen. Der Vorstand hat in den Bereichen, in denen er nicht selbst die Grundlagen seiner Entscheidungen ermittelt und seine Entscheidungen auf diesen Erkenntnissen basiert, ein der Größe und Organstruktur angemessenes Risikomanagementsystem eingerichtet. Wegen der fehlenden Arbeitsteilung und der Zentralisierung aller Informationen beim Vorstand ist gewährleistet, dass dem Vorstand die Informationen zur Verfügung stehen, um bestandsgefährdende Risiken erkennen zu können.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2014 beträgt € 1.351.579,21 und setzt sich aus 323.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital. Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gegenwärtig gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfindet.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Durch die Kapitalerhöhung im Geschäftsjahr 2013 haben sich die Beteiligungsverhältnisse geändert und bestehen in 2014 unverändert fort.

Herrn Bernd Günther, Hamburg, standen 27,18 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 6,78 % nach § 22 Abs.1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen waren.

Frau Stephanie Günther, Kiel, standen 9,22 % der Stimmrechte, Prof. Dr. Dirk Fries, Garbsen, 9,71 % der Stimmrechte und der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, 6,40 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zu.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

Im Geschäftsjahr 2014 bestand noch ein genehmigtes Restkapital in Höhe von € 477.129,17.

Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes wurde das verbleibende Restkapital nicht genutzt, so dass das genehmigte Restkapital nicht mehr besteht - dieses ist am 27. August 2015 ausgelaufen. In der kommenden Hauptversammlung sollen neue Kapitalerhöhungsbeschlüsse gefasst werden.

Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder Darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde.

Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 der Satzung ermächtigt, die Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist neu zu fassen. Die Satzung unserer Gesellschaft ist in § 4, Abs.4 Satz 1 im März 2013 angepasst worden.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung.

Die Vergütung des Vorstands umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Einzelangabe ergibt sich aus dem Anhang, unter sonstige Angaben, Ziff.5. Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Prognosebericht

In 2015 erreichten wir nach den vorläufigen Zahlen ein leicht negatives Jahresergebnis. Längerfristige Derivategeschäfte wurden nicht getätigt. Die Mieteinnahmen waren aufgrund des Verkaufs des Objektes in Bielefeld und geringerer Mieteinnahmen in Mönchengladbach nochmal rückläufig.

Der Getränkemarkt in unserem Objekt Mönchengladbach hatte in 2015 gekündigt. Hier konnte in 2016 eine Neuvermietung erreicht werden.

Außerdem haben wir durch Beratungsleistungen wiederum höhere Erträge erzielen können.

Im ersten Halbjahr 2016 haben wir diese Beratungsleistungen verstärken können und erwarten dadurch im 2. Halbjahr 2016 weitere Ertragssteigerungen, die zu einem deutlich positiven Ergebnis beitragen werden. Auch konnten die Mieteinnahmen für das Objekt in Mönchengladbach wieder gesteigert werden. Die Finanzierung der Gesellschaft ist dadurch für 2016 gesichert. Zusätzlich können durch Vermietung kleinerer Lagerflächen in Mönchengladbach ggf. zusätzliche Erträge generiert werden.

Erstmals haben wir in 2016 wieder eine Aktienposition aufgenommen, die bereits eine beachtliche Kursreserve beinhaltet.

Durch eine geplante Kapitalerhöhung werden die Zinslasten weiter sinken und die Ergebnisse wieder steigen. Wir planen einen teilweisen Rückkauf unserer 7%-igen Anleihe und haben bereits erfolgreich Verhandlungen mit Anleihebesitzern geführt. Die Finanzierung für 2017 ist gesichert, weil die wieder erhöhten Mieteinnahmen den notwendigen Liquiditätszufluss bringen werden.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Geschäftsjahr 2015 erkrankte unser Aufsichtsratsvorsitzender, Herr Dr. jur. Horst Reuter schwer. Nach längerem Krankenhausaufenthalt erklärte Herr Dr. Reuter im letzten Quartal 2015 seinen Rücktritt aus dem Aufsichtsrat aus gesundheitlichen Gründen.

Im Oktober 2015 haben wir die gerichtliche Bestellung eines neuen Aufsichtsratsmitgliedes beantragt. Ab dem 2. Quartal 2016 steht uns nach registeramtlicher Eintragung Herr Axel-H. Wittlinger als neues Aufsichtsratsmitglied zur Verfügung. Erst mit der Komplettierung des Aufsichtsrates auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von drei Mitgliedern wurde der Aufsichtsrat wieder beschlussfähig, was für unsere Bilanzfeststellung relevant ist.

Deutscher Corporate Governance Bericht und Erklärung gemäß § 289 a HGB Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG – 2014

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entsprach in der Vergangenheit den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in den jeweiligen Fassungen, zuletzt die der vom 13. Mai 2013 mit Ausnahmen, und wird in Zukunft den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom **24.06.2014** mit den folgenden Ausnahmen entsprechen. Wir sind von den Empfehlungen des Kodex dann abgewichen, wenn und soweit aufgrund der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur eine Befolgung der Empfehlung unseres Erachtens nach als nicht sinnvoll einzustufen ist.

- Die Gesellschaft wird aus Kostengründen und auf Grund der Aktionärsgröße und Struktur entgegen Ziff. 2.3.3 die Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmittel nicht ermöglichen.
- Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in Abweichung von Ziff. 3.4 Absatz 3 nicht förmlich festgelegt. Die Unterrichtung des Aufsichtsrats kann aufgrund der Größe der Gesellschaft und dem Umfang der Geschäftstätigkeit auch mündlich erfolgen. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat zudem regelmäßig über alle wichtigen Geschäftsvorfälle.
- Die Empfehlung nach Ziff. 3.6, Abs. 1 entfällt für unsere Gesellschaft, weil die Gesellschaft nicht mitbestimmt ist.
- Eine D&O Versicherung für den Vorstand und für den Aufsichtsrat ist gem. Ziff. 3.8, Abs. 2 nicht abgeschlossen. Die Empfehlung gem. 3.8, Abs. 3 entfällt daher.
- Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite, weil nach Einschätzung von Vorstand und Aufsichtsrat der Informationsgewinn für die Aktionäre durch die alten Erklärungen gering ist. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen den Aktionären aber zugesandt.
- Der Vorstand besteht entgegen Ziff. 4.2.1. nur aus einer Person. Auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.
- Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. eine fixe Vergütung. Eine Bekanntmachung auf der Internetseite, eine detaillierte Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. sind daher aus Sicht von Vorstand und Aufsichtsrat entbehrlich, da sowohl die Vergütung des Vorstandes, wie auch die Vergütung des Aufsichtsrates, im Geschäftsbericht der Gesellschaft ausgewiesen wird.
- Eine langfristige Nachfolgeplanung gem. 5.1.2 für den Vorstand besteht gegenwärtig noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, einen zweiten Vorstand zu bestellen. Hierbei wird der Aufsichtsrat im Rahmen der geltenden Gesetze auch auf Vielfalt achten und Frauen

angemessen berücksichtigen. Eine Festlegung der Altersgrenze wird hierbei unberücksichtigt gelassen. Die Gesellschaft wird bei der Besetzung der Positionen auf Qualifikation und Eignung achten.

- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Corporate Governance Kodex der Regierungskommission vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat behandelt.
- Die Verweisung an Ausschüsse erfolgt auf Grund der Größe der Gesellschaft nicht. Sachthemen wie die Strategie des Unternehmens, Vergütung des Vorstandsmitglieds, Investitionen und Finanzierungen werden im gesamten Aufsichtsrat einvernehmlich besprochen.
- Der Aufsichtsrat wird abweichend von Ziff. 5.4.1, Abs. 2 keine konkreten Ziele für seine Zusammensetzung benennen und diese und den Stand der Umsetzung im Corporate Governance Bericht veröffentlichen. Wie bisher wird sich der Aufsichtsrat bei Vorschlägen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats alleine davon leiten lassen, ob die Betreffenden geeignet sind, das Aufsichtsratsmandat qualifiziert auszuüben. Deshalb wird auch auf die Festsetzung einer Altersgrenze verzichtet.
- Ein Mitglied des Aufsichtsrat, Herr Dipl.-Kfm. Hanns Günther, ist im Sinne von Ziffer 5.4.2 der Empfehlung als nicht unabhängig zu sehen, da das Aufsichtsratsmitglied in einer persönlichen Beziehung zu einem Organ der Gesellschaft steht. Bei einem eventuell auftretenden Interessenskonflikt wird sich dieses Mitglied des Aufsichtsrates der Stimme enthalten.
Angesichts der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur gehören dem Aufsichtsrat nach seiner Einschätzung aber immer noch eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder an.
- Der Vorstand unserer Gesellschaft hat insgesamt mehr als drei Aufsichtsratsmandate in externen börsennotierten Gesellschaften inne. Eine entsprechende Beschränkung der Anzahl der Mandate hält der Aufsichtsrat für nicht erforderlich, solange dem Vorstand und auch jedem Aufsichtsratsmitglied für die Wahrnehmung seiner Mandate ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Demzufolge folgt die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG den gesetzlichen Bestimmungen und entspricht der Empfehlung des Kodex nicht (Ziffer 5.4.5).
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten abweichend von Ziff 5.4.6 eine feste Vergütung in gleicher Höhe. Ein individualisierter Ausweis ist daher nicht erforderlich. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nicht vorgesehen.
- Die Offenlegung der Geschäfte von Organmitgliedern in Aktien der Gesellschaft und der Aktienbesitz der Organmitglieder werden gemäß den gesetzlichen Regelungen des § 15 a WpHG vorgenommen. Eine darüber hinausgehende Offenlegung ist abweichend von Ziff. 6.3 nicht vorgesehen und wird von der Gesellschaft bisher nicht für notwendig erachtet.
- Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1.1, 7.1.2, und 7.1.5 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.
- Die Gesellschaft veröffentlicht abweichend von Ziff. 7.1.4 keine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von nicht untergeordneter Bedeutung hält. Relevante Entwicklungen bei Beteiligungen an einem anderen Unternehmen werden in den Pflichtveröffentlichungen und auf der Internetseite der Gesellschaft bekannt gemacht und auch in der Hauptversammlung angesprochen und Fragen der Aktionäre dort beantwortet.

Vorstand und Aufsichtsrat der
Hamburger Getreide-Lagerhaus AG
Hamburg, den 28.12.2014

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Unternehmensführung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG richtet sich nach dem Deutschen Recht und der Satzung. Den Regeln des Deutschen Aktienrechts entsprechen die Organe Vorstand und Aufsichtsrat mit jeweils eigener Kompetenz. Sie arbeiten bei der Steuerung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen der Satzung erfolgen im Rahmen der §§ 133, 179 AktG und nach § 4 der Satzung. Solche Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, dürfen vom Aufsichtsrat ohne Zustimmung der Hauptversammlung beschlossen werden.

Der Vorstand besteht aus einer Person und orientiert sich auf nachhaltige Wertschöpfung streng am Unternehmensinteresse. Er ist bei der Ausführung seiner Tätigkeit eigenverantwortlich tätig. Der Vorstand achtet streng auf die vom Aufsichtsrat und von der Satzung vorgegebenen Regeln.

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Personen, der die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und in beratender Funktion tätig ist. Für bedeutende Geschäftsvorgänge gibt es eine Jahresplanung und Besprechungen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, mit eigenen Maßnahmen in die Geschäftsführung des Vorstands einzugreifen.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand zeitnah und schriftlich in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Lage der Gesellschaft, des Risikos und der Compliance unterrichtet.

Der Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist bis zum Ende der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2014 (zwei Aufsichtsratsmitglieder) beschließt, gewählt. Ein Mitglied des Aufsichtsrates ist bis zur Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2017 beschließt, gewählt.

Hamburg, im September 2016

Der Vorstand

Bernd Günther

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2014 in vier Sitzungen ausführlich mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und dabei seine Aufgaben nach Gesetz und Satzung wahrgenommen.

In allen Sitzungen des Aufsichtsrates im Jahr 2014 waren alle Mitglieder präsent.

In der ersten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres 2014, am 21. März 2014, wurden die vorläufigen Bilanzzahlen 2013 besprochen. Der Aufsichtsrat nahm zur Kenntnis, dass der Ergebnisbeitrag aus Optionsgeschäften im Geschäftsjahr 2013 T€ 150 betrug. Des Weiteren standen Grundstücksangelegenheiten und die Anleiheplatzierung im Mittelpunkt der Diskussion.

Schwerpunkt der Aufsichtsratssitzung vom 30. April 2014 war neben der Berichterstattung über die laufenden Geschäfte die Bilanzfeststellung für das Geschäftsjahr 2013 und die Tagesordnung für die nächste Hauptversammlung. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war in der Sitzung vertreten.

In der Aufsichtsratssitzung vom 07. Juli 2014 war die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft diskutiert worden. Außerdem stand die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters auf dem Sitzungsprogramm.

Der Grundstücksverkauf in Bielefeld war ein weiteres Thema. Der Aufsichtsrat hat nach eingehender Unterrichtung durch den Vorstand die Genehmigung zum Verkauf des Grundstückes in Bielefeld erteilt.

In der Sitzung vom 24. Oktober 2014 standen Grundstücksangelegenheiten, Compliance-Fragen sowie die Ergebnisentwicklung im Mittelpunkt der Diskussion. Das Grundstück in Bielefeld wurde zwischenzeitlich verkauft. Die Vermietungssituation des Objektes Mönchengladbach war unverändert.

Der Aufsichtsrat wurde in der Sitzung am 24.10.2014 informiert, dass im Derivatebereich Verluste aufgetreten sind. Das endgültige Ergebnis der Optionspositionen konnte zum Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden. Aufgrund der sich abzeichnenden negative Ergebnisse im Derivategeschäft hat der Aufsichtsrat in Einzelgesprächen den Vorstand gebeten, diese Geschäfte künftig stark einzuschränken.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich mit den Verlustursachen im Derivatebereich und deren zukünftigen Vermeidbarkeit. Nach einem Gewinn von € 150.000,00 aus dem Derivategeschäft in 2013 war dem Aufsichtsrat nach neuen Erkenntnissen die Verlustgefahr des Derivategeschäftes zu risikobehaftet. Der Aufsichtsrat regte eine starke Reduktion des Geschäftes an, zumal der Vorstand mit einem hohen Verlust aus den Derivategeschäften rechnete.

Außerhalb der ordentlichen Aufsichtsratssitzungen gab es viele Termine, die einzelne Aufsichtsratsmitglieder wahrnahmen, um sich mit dem Vorstand auszutauschen und um sich über die Tochtergesellschaft, die N.V. Beheer v/h Philips Tabak, zu informieren; über die entsprechenden Gesprächsergebnisse wurden die anderen Aufsichtsratsmitglieder informiert.

Der Aufsichtsrat hat dem Vorstand verdeutlicht, dass das Hauptaugenmerk auf dem Immobilienmarkt sowie in kleinen gewinnbringenden Sondersituationen in Wertpapieren gerichtet werden muss. Aus Sicht des Aufsichtsrates ist die Kontinuität der Gesellschaft auf diese Weise gesichert. Steigende Mieteinnahmen und Kostensenkungen tragen hierzu bei.

Der Aufsichtsrat befasste sich auch mit der Einhaltung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex. Der Kodex dokumentiert wesentliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Interessenskonflikte sind im laufenden Geschäftsjahr nicht aufgetreten.

Der Aufsichtsrat hat die Nebentätigkeit des Vorstandes bewilligt, zumal der insoweit erforderliche Zeitaufwand gering ist und die Vorstandstätigkeit nicht beeinträchtigt. Ausschüsse wurden nicht gebildet.

Ihre gemeinsame jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat turnusgemäß im Dezember 2014 abgegeben und hierbei den Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 24. Juni 2014 berücksichtigt. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss

und Lagebericht sowie den übrigen offen zu legenden Unterlagen im Bundesanzeiger bekannt gemacht und ist auf der Website der Gesellschaft unter www.hgl-ag.de veröffentlicht.

Der Jahresabschluss 2014 sowie der Lagebericht sind von der in der Hauptversammlung am 07. Juli 2014 gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roser GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, und der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vor Billigung des Jahresabschlusses hat der Vorstand dem Aufsichtsrat in den Sitzungen am 28. September 2016 und 17. Oktober 2016 unter Teilnahme des Abschlussprüfers den Jahresabschluss 2014 und Lagebericht eingehend erörtert und die aktuelle Lage der Gesellschaft besprochen, der Vorstand hat seine mittelfristige Planung erläutert. Der Prüfungsbericht lag allen Aufsichtsratsmitgliedern vor und wurde vom Aufsichtsrat geprüft.

Der Aufsichtsrat stimmt in seiner Sitzung vom 17. Oktober 2016 dem vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und dem Lagebericht nach Prüfung zu. Der Jahresabschluss 2014 ist damit gebilligt und somit festgestellt. Einwendungen wurden nicht erhoben

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Hamburg, im Oktober 2016
Der Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Hanns Günther
-Vorsitzender -

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA		31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.952.523,68		4.547
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,51		0
		3.952.525,19	4.547
II. Finanzanlagen			
Beteiligungen		<u>400.000,00</u>	490
		<u>4.352.525,19</u>	<u>5.037</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	103.485,84		106
2. sonstige Vermögensgegenstände	30.530,90		3
		134.016,74	<u>109</u>
II. Wertpapiere			
sonstige Wertpapiere		83.441,00	42
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		68.058,25	<u>86</u>
		<u>285.515,99</u>	<u>237</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		250,00	1
		<u>4.638.291,18</u>	<u>5.275</u>

PASSIVA		31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.351.579,21		1.352
-davon Stammkapital € 1.167.272,95 (VJ:T€ 1.167)			
-davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gem. § 139 AktG: €184.306,26 (VJ: T€ 184)			
II. Kapitalrücklage	633.210,40		633
III. Bilanzverlust	<u>-1.458.968,18</u>		<u>-492</u>
		525.821,43	1.493
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	175.292,00		181
2. sonstige Rückstellungen	<u>37.969,38</u>		<u>21</u>
		213.261,38	<u>202</u>
C. Verbindlichkeiten			
1. Anleihen	1.500.000,00		0
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 0,00 (VJ:T€ 0)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren: € 1.500.000,00 (VJ:T€ 0)			
- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 1.500.000,00 (VJ:T€ 0)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.974.342,09		3.140
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 186.767,84 (VJ:T€ 1.114)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren: € 1.041.719,56 (VJ:T€ 1.237)			
- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 1.974.342,09 (VJ:T€ 3.119)-			
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102.225,18		96
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 102.225,18 (VJ:T€ 96)			
4. Verbindlichkeiten gg. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	105.539,52		139
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 105.539,52 (VJ T€ 139) -			
5. sonstige Verbindlichkeiten	216.601,24		204
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 216.601,24 (VJ T€ 204) -			
- davon aus Steuern: € 3.688,76 (VJ: T€ 3) -			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (VJ: T€ 0) -			
		<u>3.898.708,03</u>	<u>3.579</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
		500,34	1
		<u>4.638.291,18</u>	<u>5.275</u>

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	€	€	2013 T€
1. Umsatzerlöse		455.785,62	474
2. sonstige betriebliche Erträge		1.891.894,23	663
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-129.822,56		-128
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-23.827,14		-14
- davon für Altersversorgung: € 9.875,71 (Vorjahr: T€ 0)-		-153.649,70	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		-44.554,00	-51
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.783.590,88	-712
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7.904,95	22
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-92.141,16	-3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
- davon aus Aufzinsung: € 8.676,00 (Vorjahr: T€ 10) -		-234.403,73	-218
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-952.754,67	33
10. außerordentliche Aufwendungen / außerordentliches Ergebnis		-726,00	-1
11. Sonstige Steuern		-13.376,28	-13
12. Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresüberschuss)		- 966.856,95	19
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-492.111,23	-511
14. Bilanzverlust		<u>-1.458.968,18</u>	<u>-492</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2014

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2014 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft unter: www.hgl-ag.de Rubrik „Codex“ zugänglich gemacht worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Die Gesellschaft weist aufgrund eines Hinweises der DPR seit dem Geschäftsjahr 2013 die Gewinne und Verluste aus Optionsgeschäften unsaldiert in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Der Ausweis erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden Gewinne von € 1.792.897,05 (Vorjahr: T€ 509) und Verluste von € 2.472.332,58 (Vorjahr: T€ 355) erwirtschaftet und entsprechend ausgewiesen.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen mit den Erfüllungsbeträgen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind. Beträgt ihre Restlaufzeit mehr als ein Jahr, werden die Rückstellungen mit einem der jeweiligen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von € 824,15 (Vorjahr: T€ 1).

3. Aktive latente Steuern

Die Gesellschaft hat von dem im Zuge des BilMoG eingeführten Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern (§ 274 Abs. 1 Satz 2 und 4 HGB) aufgrund steuerlicher Verlustvorträge keinen Gebrauch gemacht. Der Bewertung liegt ein unternehmensindividueller Steuersatz von ca. 32 % zugrunde.

4. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21,22 WpHG:

	Datum Mitteilung	Überschrittene Schwellen	Datum Überschreitung Unterschreitung	Gesamt %	davon zuzu- rechnen
Bernd Günther	05.01.11	25 %	03.01.2011	29,63	7,46 %
Wicking'sche Versicherungs- Vermittlung GmbH	25.01.05	5 %	07.01.2005	7,46	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.04	5 %	19.11.2004	7,04	
Stephanie Günther	24.04.13	5 %	17.04.2013	9,22	
Prof. Dr. Dirk Fries	24.04.13	5 %	17.04.2013	9,71	

Unter teilweiser Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2010 hatte unsere Gesellschaft im März 2013 das Grundkapital um € 122.870,83 bzw. Stück 34.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien erhöht. Die umlaufende Aktienanzahl hat sich von Stück 340.000 Aktien auf Stück 374.000 Aktien erhöht (323.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien und 51.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Vorzugs-Stückaktien).

Dementsprechend hat sich der prozentuale Anteil der Altaktionäre mit mehr als 3%, 5 % 10 %, minimal verändert, wobei eine separate Meldung wegen Schwellenüber- oder Schwellenunterschreitung nicht erforderlich war.

Das Grundkapital beträgt € 1.351.579,21 und setzt sich wie folgt zusammen:

Stammaktien	Stück 323.000	€ 1.167.272,95
Vorzugsaktien	<u>Stück 51.000</u>	<u>€ 184.306,26</u>
	Stück 374.000	€ 1.351.579,21
	=====	=====

Die Hauptversammlung vom 28. August 2010 hatte unter anderem die Neufassung der Satzung in § 4 Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 27. August 2015 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010).

Das restliche Genehmigte Kapital 2010 beträgt nach Ausnutzung nunmehr € 477.129,17.

Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes wurde das verbleibende Restkapital nicht genutzt, so dass das genehmigte Restkapital nicht mehr besteht.

5. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens auf Basis der international üblichen Project-Unit-Credit-Methode (PUCM) unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen des BilMoG ermittelt. Bei der Ermittlung des erforderlichen

Rückstellungsbetrags wurde ein Rechnungszins von 4,53 % zugrunde gelegt. Ferner wurde unterstellt, dass die laufenden und zu erwartenden Rentenzahlungen künftig nicht erhöht werden.

Der Zuführungsbetrag aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen auf das BilMoG wird gemäß § 67 Abs. 1 EGHGB rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Unterschiedsbetrag (Unterdeckung) beträgt € 7.257,00. Der Ausweis des jährlichen Zuführungsbetrags von € 726,00 erfolgt unter den außerordentlichen Aufwendungen (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

6. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen: €

Jahresabschlusskosten	29.300,00
Aufsichtsratsvergütung	7.669,38
Berufsgenossenschaft	<u>1.000,00</u>
	37.969,38
	=====

7. Anleihen

Die Verbindlichkeiten aus Anleihen belaufen sich per 31. Dezember 2014 auf € 1.500.000,00. Der Gesamtbetrag hat eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren und ist durch Grundschulden besichert.

8. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2014 auf € 1.974.342,09 (Vorjahr: T€ 3.140), davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 186.767,84 (Vorjahr: T€ 1.114) und mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf € 1.041.719,56 (Vorjahr: € 1.237).

Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden, Sicherungsabtretungen und Verpfändungen von Wertpapierdepots (siehe Erläuterung unter 9. Pfandrechte).

9. Pfandrechte

Zur Sicherung der Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung der Beleihungsobjektes abgetreten. Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 1.974.342,09 (Vorjahr: T€ 3.119).

10. Haftungsverhältnisse

Es bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften gegenüber der Otto M. Schröder Bank AG in Höhe von € 39.363,70 (Vorjahr: T€ 50) zugunsten Dritter. Das Risiko der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften wird derzeit als gering eingeschätzt.

11. Sonstige betriebliche Erträge

Ausgewiesen werden neben Erträgen aus der Weiterbelastung von Kosten und aus dem Abgang von Anlagevermögen insbesondere Gewinne aus Optionsgeschäften.

12. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Falle der wirtschaftlichen Besserung besteht seitens der Gesellschaft weiterhin eine Zahlungsverpflichtung von insgesamt € 75.000,00. Bei einem Jahresergebnis von mindestens € 10.000,00 sollen unter dem Vorbehalt entsprechender Liquidität 33,33 % des Jahresergebnisses zur Tilgung eingesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2014 ist hierauf keine Tilgung erfolgt.

13. Angabe zu Geschäften mit nahe stehenden Personen

Folgende Lieferungen und Leistungen wurden mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die einen bedeutenden Einfluss ausüben können, erbracht oder in Anspruch genommen:

Die Gesellschaft hat von einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ein Darlehen erhalten. Dieses wird mit 5 % verzinst. Darlehens- und Zinsforderungen hieraus betragen € 105.539,52 (Vorjahr: € 139.561,44).

Die HGL AG hat im Geschäftsjahr 2014 von einem Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther Mitglied der Geschäftsführung ist, Auslagen für anteilige Kosten für Büronutzung, Kopierer, Fax und Telefon sowie Büro- und Managementleistungen in Höhe von € 33.000,00 (Vorjahr: € 9.500,00) erstattet bekommen.

Der Vorstand der HGL AG hat der Gesellschaft ein unbesichertes Darlehen gewährt, das vertragsgemäß jederzeit zurückgezahlt werden kann und mit 6,0 % p.a. verzinst wird. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag hieraus Verbindlichkeiten in Höhe von € 24.900,00 (Vorjahr: € 89.620,83) aus, nachdem der Vorstand im Geschäftsjahr 2012 auf einen Teilbetrag von € 75.000,00 gegen Besserungsabrede verzichtet hat. Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr betragen € 946,68 (Vorjahr: € 5.204,95). Weiterhin hat der Vorstand am 30. November 2006 eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von € 100.000,00 zugunsten der HGL AG für das Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG und in Höhe von T€ 307 für das Darlehen bei der Städtischen Sparkasse Bremerhaven gegeben. Die Bürgschaften wurden kostenfrei gewährt. Im Geschäftsjahr 2012 hat der Vorstand eine selbstschuldnerische Bürgschaft bis zur Höhe von € 200.000,00 für die Kontokorrentlinie bei der SUTOR BANK gewährt. Auch diese Gewährung erfolgte kostenfrei.

Ein Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther geschäftsführender Gesellschafter ist, hatte der HGL AG ein unbesichertes Darlehen gewährt, das in 2014 voll zurückgezahlt wurde (Vorjahr: € 6.195,28). In Höhe von € 19.553,82 besteht nun ein Darlehen einschließlich Zinsen der HGL AG an das Unternehmen, welches mit 6 % verzinst wird.

Eine nahe Familienangehörige des Vorstands gewährte der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 ein zinsloses Darlehen über € 25.000,00. Ein schriftlicher Darlehensbetrag besteht nicht.

IV. Sonstige Angaben

1. Im Jahresdurchschnitt wurden eine Vollzeitkraft und drei Teilzeitkräfte beschäftigt.

2. Vorstand

Bernd Günther

Hamburg, Kaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats bei:

Maschinenfabrik Heid AG, Stockerau, Österreich

New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Lüneburg

MATERNUS-Kliniken AG, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates bei:

WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG

H&R AG, Salzbergen (Ehrevorsitzender)- jetzt H&R GmbH & Co. KG aA

3. Aufsichtsrat

Dr. jur. Horst Reuter
(Vorsitzender)

Hamburg, Rechtsanwalt / Steuerberater (bis 26.10.2015)

Dipl.-Kfm. Hanns Günther
(stellv. Vorsitzender)
ab 03.08.2016 Vorsitzender

Luxemburg, Bankkaufmann

Dipl.-Kfm. Dr. Joachim Girg

München, GF der H&R Beteiligung GmbH
Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats bei:

H&R AG, Salzbergen- jetzt H&R GmbH & Co. KG aA

Dipl.-Betriebswirt Axel-H. Wittlinger,
(seit 7. April 2016)
ab 03.08.2016 stellv. Vorsitzender

Hamburg, Geschäftsführer /Gesellschafter
Stöben Wittlinger GmbH

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46. Für die Vergütungen des Aufsichtsrates sind in 2014 € 7.669,38 zurückgestellt.
5. Der Vorstand (Herr Bernd Günther) erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr 2014 € 66.000,00 (Vorjahr: T€ 66) betragen.
6. Die Bezüge an frühere Organmitglieder betragen € 18.406,51 (Vorjahr: T€ 18). Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 151.670,00 (Vorjahr: T€ 155) zurückgestellt.
7. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von € 11.900,00 (Vorjahr: T€ 12) betrifft ausschließlich Prüfungskosten.
8. Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s'Hertogenbosch/Niederlande, eingeteilt in 75.982 Aktien mit 36.900 Aktien bzw. rd. 49,0 % beteiligt, wovon 5.050 Aktien von dem Vorstand unverändert seit 1994 treuhänderisch gehalten und jederzeit ohne jede Entschädigung oder Aufwendungsersatz von diesem übernommen werden können. Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2014 T€ 692 (Vorjahr: T€ 1.009). Darin ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 317 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag T€ 75) enthalten.

Hamburg, den 16. September 2016

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft

Bernd Günther

Kapitalflussrechnung

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Periodenergebnis	-967	19	-986
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	135	-39	174
- Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-6	-15	9
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Cashflow nach DVFA/SG	-838	-35	-803
+/-Zu- / Abnahme			
der kurzfristigen Rückstellungen	17	-11	28
-/+ Zu-/ Abnahme der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-66	472	-538
+/- Zu- /Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-15	132	-147
+/- Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	<u>-55</u>	<u>0</u>	<u>-55</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-957	558	-1.515
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	605	0	605
Cashflow aus Investitionstätigkeit	605	0	605
+/-Zunahme/Abnahme der Bankverbindlichkeiten	-1.166	-641	-525
+ Kapitalerhöhung	0	153	-153
+ Einzahlung aus der Begehung von Anleihen	<u>1.500</u>	<u>0</u>	<u>1.500</u>
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	334	-488	-678
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-18	70	-88
+ <u>Finanzmittelfonds am Anfang der Periode</u>	<u>86</u>	<u>16</u>	<u>70</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	68	86	-18
=====	==	==	===

Eigenkapitalspiegel für die Geschäftsjahre 2014 und 2013

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€		€	€	€
Stand am 31.12.2013	1.167.272,95	184.306,26	633.210,40	- 492.111,23	1.492.678,38
Jahresfehbetrag	0,00	0,00	0,00	- 966.856,95	- 966.856,95
Stand am 31.12.2014	1.167.272,95	184.306,26	633.210,40	- 1.458.968,18	525.821,43

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€		€	€	€
Stand am 31.12.2012	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 511.052,77	1.320.736,84
Einzahlung Kapitalerhöhung	122.870,83	0,00	30.129,17	0,00	153.000,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	18.941,54	18.941,54
Stand am 31.12.2013	1.167.272,95	184.306,26	633.210,40	- 492.111,23	1.492.678,38

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2014
Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

	Anschaffungs- oder		Herstellungskosten		Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte	
	Stand am 1.1.2014	Abgang	Stand am 31.12.2014	Stand am 1.1.2014	Zugänge	Abgang	Stand am 31.12.2014	Stand am 31.12.2014	Stand am 31.12.2013
	€		€	€	€	€		€	€
I. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.077.198,93	771.840,68	4.305.358,25	530.574,00	44.554,00	222.293,43	352.834,57	3.952.523,68	4.546.624,93
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	0,00	15.763,85	15.762,34	0,00	0,00	15.762,34	1,51	1,51
	5.092.962,78	771.840,68	4.321.122,10	546.336,34	44.554,00	222.293,43	368.596,91	3.952.525,19	4.546.626,44
II. Finanzanlagen									
Beteiligungen	1.361.058,98	0,00	1.361.058,98	871.058,98	90.000,00	0,00	961.058,98	400.000,00	490.000,00
	6.454.021,76	771.840,68	5.682.181,08	1.417.395,32	134.554,00	222.293,43	1.329.655,89	4.352.525,19	5.036.626,44

Erklärung des Vorstands

Bilanzeid

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hamburg, im September 2016

Der Vorstand

Bernd Günther

Wir erteilen nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 sowie dem Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, den folgenden

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalspiegel, Kapitalflussrechnung und Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 23. September 2016

Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. F. Roser
Wirtschaftsprüfer

M. Bischoff
Wirtschaftsprüferin